

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 138.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Freitag, 22. März 1907.

Verlagspreis für Halle und Magdeburg 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3.00 Mk. für das Quartalsheft. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Preis: 6 Pfennige. Halbesauer Couriers (eig. Postbesonderheit), 30. Unterstraße 10 (Sonntagsheft), Bahnstr. Mittelweg.

Anzeigenpreise: In d. geschlossenen Zeitungsblätter oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pf., auswärts 30 Pf. Retikeln am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 10 Pf. Anzeigenannahme d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telefon 158; Redaktion Telefon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. 6. Chefredakteur: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14. Telefon-Num. VI a Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., den 22. März.

In der Sitzung des Bundesrats am 21. c. wurde den Ausschussberichten über die nachfolgenden Vorlagen zugestimmt: Vorlage betreffend Veränderung der Grenze des Brauer Freibeirats, ferner Vorlage betreffend die Anwendung der Ausführungsbestimmungen zur Bekämpfung der Cholera und Vorlage betreffend Entwürfe von Desinfektionsanordnungen für gemeingefährliche Krankheiten.

Resolutionen an den Reichstag. Dem Reichstag ist eine Resolution, Wasserwerk und Genossen zugewandt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Orientierungsvorzug, wonach erstens ein vom Reichstag des Innern ressortierendes händiges Amt unter der Bezeichnung Reichsarbeitsamt geschaffen wird, auf welches die Pflichten und Befugnisse der arbeiterstatistischen Abteilung des Statistischen Amtes übergehen und welchem u. a. die Feststellung und wissenschaftliche Verarbeitung der Arbeits-, Dienst- und Erwerbsverhältnisse der Lohnarbeiter und anderen Angestellten kaufmännischer und gewerblicher Betriebe, sowie die Vorbereitung einer hierauf gegründeten sozialpolitischen Gesetzgebung obliegt und nach dem zweiten Reichsarbeitsamt ein händiges Arbeitsamt angegliedert wird, dem Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl, sowie unter partieller Sachverständigen angehören. Ferner ging dem Reichstag eine Resolution, Reiner und Genossen zu, auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs betreffend die Unfallversicherung für Arbeiter, welche freiwillig zur Rettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, und weiter eine Resolution, Baumann und Genossen betreffend eine Revision des Gesetzes über den Verkehr mit Wein vom 24. Mai 1901 noch in dieser Reichstagsession, und endlich zwei Resolutionen, Wasserwerk und Genossen betreffend Regelung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe der Schiffen, Seefahrer und Arbeiter in Kontoren und kaufmännischen Betrieben bezw. der in den Innenschiffahrt beschäftigten Personen.

Deutsch-erbliche Handelsbeziehungen. Das D. A. B. schreibt: Die verbliche Regierung hat in Berlin Schritte unternommen, damit der deutsch-erbliche Handelsvertrag berechnigt erweitert werde, daß sämtliche deutsche Artikel, welche nach Serbien eingeführt werden, davon unentgeltlich werden. Für die an die deutsche Industrie durch diese Vertragsveränderung zu gewöhnlicher Konkurrenz erludt die verbliche Regierung, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, um eine weitere Begünstigung des serbischen Exports nach Deutschland.

Se. Maj. der Kaiser unternahm Donnerstag morgen den gewöhnlichen Spaziergang im Tiergarten, sprach beim Reichsfiskus und hörte im königlichen Schloß die Vorträge des Kriegsministers, des Chefs des Generalstabes der Armee und des Chefs des Militärkabinetts.

Nachmittags beriet der Erzherzog Franz Ferdinand mit Kaiser Wilhelm. Dem Kaiser „Abendblatt“ wird aus Wien gemeldet: Da der kurze Aufenthalt, den der Erzherzog Franz Ferdinand am verflochtenen Mittwoch in Berlin genommen hat, in zahlreichen Zeitungen zum Gegenstand phantastischer Ausstellungen gemacht worden ist und man noch immer fortfährt, die unwiderleglichen Schlüsse aus dem Besuche des Erzherzogs beim deutschen Kaiser aufzuzählen, erscheint es uns am Platze, auf die unrichtigen, oft zügellosen Artikel eingehender Erörterungen festzustellen, daß der Ausflug, den der Erzherzog von Trieben nach Berlin unternahm und die Begrüßung des deutschen Kaisers, zu der er ihn benutzt hat, einen rein privaten Charakter getragen haben, aus welchem Grunde — und nicht um der Geheimhaltung willen — hierin in den Hofnachrichten keine Erwähnung geschehen ist. Mit politischen Fragen, welcher Art sie auch immer sein mögen, hatte der Besuch des Erzherzogs in keiner Weise etwas zu schaffen.

In das Herrenhaus wurden ist durch Allerhöchsten Erlaß vom 11. d. M. auf Präsentation des Reichsanwalts des alten und des befristeten Grundbesitzes in dem Landratsbezirk Ober- u. Berg und Ober-Nitzsch mit Ober-Amt der königliche Kammerherr Graf von Otto Reichel v. Ohm in die auf Schloß Jrens an Stelle des am 6. Oktober v. J. verstorbenen Schloßhauptmanns von v. Salomander-Antweiler zu Bonn.

Gleichenfalls-Auslichtswagen sollen auf zahlreichen deutschen Gleisenabzügen zur Einstellung gelangen. In Schlesien und in Thüringen ist dieser Tage der Anfang damit gemacht worden. Die Auslichtswagen, die auch Abteile 4. Klasse enthalten, haben zu große Fenster, daß auch die in der Wagenmitte sitzenden Personen sich an den landschaftlichen Reizen der von den Gleisenabzügen verlaufenden Gegenden erfreuen können. Außerdem ist bei den Auslichtswagen auch der gefahrlose Aufenthalt auf der Plattform möglich.

Sehr interessante Schießversuche sollen in der Danziger Bucht vorgenommen werden. Es wird dabei, wie dem „N. A.“ aus Danzig gemeldet wird, aus schwerer Küstenbatterie ein 300 Kubikmeter Ballon, Feuer- und Pfeilballons von je 100 Kubikmeter Ballon, neu feuert werden. Die Pfeilballons werden an 1000 Meter Höhe auf Dampfdruck befestigt und in Entfernungen bis zu 15 Kilometer an den Batterien vorbeigeführt. Ein Kommando der

Berliner Luftschifferabteilung ist bereits mit sechs Ballons in Neufahrwasser eingeflogen, desgleichen zahlreiche höhere Artillerieoffiziere aus Berlin und dem Reich. Die Leitung der Schießversuche unterliegt der Direktion der Artillerie-Schießschule zu Jüterbog. Nachdem die Marine Versuche mit den Beobachtungsbalons von Kriegsschiffen aus angestellt hat, soll jetzt deren Abwehrt durch Küstenverteidigung erprobt werden.

Von der Marine. Donnerstag vormittag sind die Kreuzer der Hochseeflotte mit Ausnahme des Kreuzers Kron zu einer bis zum 28. März dauernden Übungsreise in See gegangen.

Deutsch-Österreich. Wie ein amtliches Telegramm aus Paris an meldet, wurden der Lieutenant Siegfried Lang aus München, früher im bayerischen 18. Infanterie-Regiment und der Unteroffizier Heinrich Edel aus München, früher bei der 1. bayerischen Kavallerie-Abteilung, am 26. oder 28. Februar beim Wpoda-Posten im Bezirk Wahege durch Hochwasser im Aufzuge fortgerissen und sind wahrscheinlich ertrunken. Eine Hoffnung, die Verunglückten lebend aufzufinden, ist kaum vorhanden.

Deutsch-Schweden. Eine Depesche aus Wndholz meldet: Militärattaché Paul Scholz aus Mittelfrankensachsen, früher im 2. bayerischen Infanterie-Regiment, ist am 15. März im Sagarett Westmanshoo an Typhus gestorben; Gefreiter Georg Hentig aus Grotzmitz, früher im Landwehrbezirk Marnitz, ist am 19. März im Sagarett Westmanshoo an Herzschlage nach Typhus und Lungenerkrankung gestorben.

## Das neue „Rassenbewußtsein“.

Dem von dem „Genossen“ Regien herausgegebenen Bericht des internationalen Gewerkschaftskongresses ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl der deutschen „freien“ Gewerkschaften mit 1 822 343 den englischen mit 1 866 755 so gut wie gleichkommt. Der englische Rassenbestand beträgt 94 171 092 Mk., der deutsche 24 656 133 Mk. Sehr charakteristisch ist es, daß die englischen Gewerkschaften im Jahre 1905 für Arbeitslosenunterstützung zahlten 13 213 529 Mk., die deutschen nur 2 185 670 Mk., dagegen diese für Streikunterstützung 11 447 929 Mk., jene nur 2 579 498 Mk. Diese Zahlen bedeuten nicht etwa, daß die Arbeitslosigkeit in England so erheblich größer ist, sondern daß der Arbeitslohn in England so erheblich größer ist, so daß er reichlich unterhält, daß er seinen Lebensstandard ungefähr weitestens aufrecht zu erhalten vermag, bis er wieder Arbeit findet. Und diese Zahlen bedeuten ferner, daß die deutschen Gewerkschaften infolge ihrer inneren und äußeren Verbindung mit der Sozialdemokratie noch immer in erster Linie „Kampfgewerkschaften“, d. h. Streikvereine sind, während die englischen Gewerkschaften es auf das persönliche Wohlergehen des einzelnen Arbeiters abgesehen haben. Die englischen Gewerkschaften pflegen ein in seiner Art konterbatives Standesbewußtsein, die deutschen Gewerkschaften das revolutionäre Rassenbewußtsein, das aber — wie die Zahlen zeigen — dem deutschen Arbeiter sehr teuer zu stehen kommt.

## Preussischer Landtag.

Berlin.

5. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr. Am Ministerialrat: F. H. v. B. in d. B. Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht der Kommission für Handels- und Gewerbeangelegenheiten über die Nachrichten vom Betriebe der unter der preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden Staatswerke während des Etatsjahres 1905.

Berichterstatter ist Dr. W. A. H. Oberbergwerksrat v. B. in d. B. Der Bericht wird durch Kenntnisnahme erledigt. Es folgt die Beratung der beiden Entwürfe zur Abänderung des Rentengesetzes vom 27. März 1872 sowie auf Abänderung des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 30. Mai 1882.

Herr v. Mantuffel beantragte, den Staatsbeamten, die aus dem Kommunaldienste übernommen sind, die Dauer ihrer Dienstzeit in Kommunen bei der Festsetzung des Dienstalters voll anzuzurechnen.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben gibt zu bedenken, daß die Tätigkeit bei Kommunen schon jetzt im Wege allerhöchster Gnade angerechnet werden kann und daß dies auch schon reichlich geschieht. Die Regelung obligatorisch zu machen, würde zu weit führen. Der Antrag Mantuffel würde zugleich den Uebertritt in den Staatsdienst erleichtern. Ich bitte den Antrag abzulehnen. Oberlandesgerichtspräsident A. D. Hamm unterstützt den Antrag Mantuffel.

Nach kurzer weiterer Erörterung, an der die Oberbergwerksrat Dr. v. S. u. d. a. n. n. H. in d. B. teilnahm, beschloß der Landtag, die beiden Entwürfe werden in der Gesamtabstimmung angenommen.

Tamit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: nicht vor dem 25. April. — Schluß 2 1/2 Uhr.

## Abgeordnete.

30. Sitzung vom 21. März, 11 Uhr. Am Ministerialrat: v. St. u. b. Das Verzeichnis von Petitionen, die zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet gehalten werden, wird durch Kenntnisnahme erledigt.

Darauf wird die zweite Lesung des K. u. S. u. S. e. t. s. beim Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ fortgesetzt. Hr. Meisinger (fr.) begründet einen Antrag, den Titel „Remuneration für Volksschullehrer“ in den gemeinschaftlichen Landestexten von 550 000 Mk. auf 550 000 Mk. zu erhöhen, und empfiehlt zugleich eine Resolution, nach der künftig auch in den gemeinschaftlichen Teilen der Provinz Schließen Omalenzulagen gewährt werden sollen.

Ministerialdirektor Schwarzkopf gibt zu bedenken, daß die Finanzengpässe erst auf Oberflächen ausgeht, auch die Regierung nicht vorzuziehen werden können. Die Regierung wird aber erörtern, ob künftig nicht die in Betracht kommenden Fonds zu erhöhen sind.

Hr. K. (nat.) : Die Omalenzulagen sind in Oberflächen so notwendig wie in Hofen und Westpreußen. Aus staatsrechtlichen Gründen dürfen notwendige Ausgaben nicht umgangen werden.

Der Antrag (fr.) wird aus staatsrechtlichen Gründen zurückgezogen, die Resolution wird gegen die Stimmen desentrums und der Hofen angenommen.

In der weiteren Debatte erheben die Abgeordneten (fr.) v. B. und Dr. v. A. (fr.) eine Erhöhung des Fonds zur Unterstützung der aus dem Dienst gegebenen Privatlehrer und Lehrerinnen. 20 000 Mark seien zu bewilligen.

Ein Regierungskommissar vertritt auf das Reichsrecht über die Privatbeamten-Berufung. Hr. v. G. (fr.) fordert eine Erhöhung des Fonds zur Unterstützung der Witwen und Waisen von Elementarlehrern. Ein Regierungskommissar sagt zur Erhöhung zu.

Die Erfahrungen vor eines Jahres zeigten nicht aus. Hr. v. A. (fr.) unterstützt die Antragung des v. G. (fr.). Das Kapitel wird bewilligt, ebenso die Kapitel „Kultus und Unterricht gemeinsam“, „Allgemeine Fonds“, „Evangelischer Oberkirchenrat“, „Witwen“, und „Katholische Geistliche“.

Beim Kapitel „Provinzialvollstreckung“ schließt Hr. v. A. (fr.) einen Fall, in dem in Rauenburg ein zum Staatsbeamten ernanntem Gymnasialprofessor für den Bericht des Kapitels zum Provinzialvollstreckung angenommen wurde, freiwillig sein Mandat niederzulegen. Hat das Provinzialvollstreckung überhaupt das Recht, die einmal präsidentlich erteilte Genehmigung zur Erwerbung des Stadtverordnetenmandats zurückzugeben? Oder dürfen Professoren nur dann ein solches Mandat beibehalten, wenn sie artig sind? Willigt Minister das Verhalten des Vorsitzenden des Provinzialvollstreckung?

Minister Dr. v. St. u. b. sagt Unterstützung zu. Das Kapitel wird bewilligt, ebenso das Kapitel „Prüfungskommissionen“.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Mittwoch, 10. April: Kullhäuser (Universtitäten und höhere Lehranstalten). Schluß 12 Uhr.

## Ausland.

Die Frauenrechtlerinnen in London.

Eine große Anzahl Frauenrechtlerinnen hielt am 20. März nachmittags eine Versammlung in der Garton-Salle ab, um ihre Erörterung über die Weigerung des Premierministers auszusprechen, einen neuen Termin zur Beratung von Befreiung des Frauenwahlrechts anzusetzen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, daß ein neuer Angriff auf das Unterhaus geplant sei, und die Sache sich besser in großer Stärke um die Ausgabe der Garton-Salle und um das Unterhaus aufgestellt. Der Folgende dirigierte die Operation persönlich. Unter den Frauenrechtlerinnen befand sich eine große Menge von Arbeiterinnen aus den verschiedenen Baumwollfabriken, die äußerst kampfbereit waren. Die Frauen aus der Garton-Salle in geschlossener Zuge herausmarschieren wollten, wurden sie von der Polizei hieran verhindert, die Arbeiterinnen führten jedoch die Reihen der Polizei, und einem Teil von ihnen gelang es auszubrechen. Eine jubelnde Menschenmenge schaute dem wüsten Handgemenge zwischen Frauen und Polizisten zu, bei dem viele Frauen verhaftet wurden. Als die entlassenen Arbeiterinnen langsam anlangten, fanden sie das gesamte Gebäude, alle Eingänge und den Hof mit Polizeitruppen besetzt, die die Menschenmassen zerstreuten und wieder eine große Anzahl Frauen, die sich aufreißend verhielten, verhafteten.

Im ganzen wurden, wie uns ferner ein Telegramm meldet, 66 Frauen verhaftet und nach der Polizeistation transportiert, dort aber gegen Willkür freigelassen.

Das „Westminster“ schreibt von den Frauen-Kämpferinnen: Diese archaischen Vorurteile, im privaten wie im öffentlichen Leben hochgeachteten Frauen verhindern, daß die Demonstrationen immer größeren Umfang annehmen, daß die Angriffe auf das Unterhaus immer energischer sein werden, ja sie scheuen sich nicht, wie verlautet, den Frauen zu dem Stürme auf das Parlament das Anlegen von Bomben zu empfehlen. Gewiss werden diese Frauen von einer bezweifelten, werden angesichts der Londoner Vorgänge nicht umhin können, sich zu fragen, ob die englischen Frauen mit ihrem fanatischen Vorgehen ihrer Partei überhaupt noch einen Dienst erweisen, ob sie nicht im Begriff stehen, die Sympathie vieler Kreise völlig zu verlieren und nicht nur der Sache des Frauenwahlrechts, sondern darüber hinaus der ganzen Frauenbewegung











